

LANDESHAUSHALT 2023

# Inflation frisst Erhöhung auf

Im kommenden Jahr will die Landesregierung 4,06 Milliarden Euro für die Polizei ausgeben, 160 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Damit wächst der Polizeietat nominal um 4,2 Prozent. Angesichts der aktuellen Inflationsrate von 10,4 Prozent (Oktober 2022) muss allerdings auch die Polizei 2023 real mit weniger Geld auskommen. Eigentlich dringend notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Polizei – von der grundlegenden Reform des Zulagenwesens bis zu strukturellen Verbesserungen bei der Bezahlung im Tarif- und Beamtenbereich – sucht man im Landeshaushalt vergeblich. Trotzdem gibt es auch Verbesserungen im Detail.

Positiv ist aus Sicht der GdP vor allem, dass die Landesregierung auch nach dem Regierungseintritt der Grünen den in der letzten Legislaturperiode begonnenen Weg der per-

sonellen Stärkung der Polizei fortsetzen will. 3 000 Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter werden dazu im kommenden Jahr bereitgestellt. Geht es nach den beiden regierungstragenden Parteien, sollen die Stellen nicht nur auf dem Papier bereitgestellt werden, sondern tatsächlich auch besetzt werden (siehe Artikel „3 000 Neueinstellungen“, Seite 3). Darüber hinaus will das Land im kommenden Jahr 69 Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter einstellen sowie 98 zusätzliche Stellen im Tarifbereich schaffen.

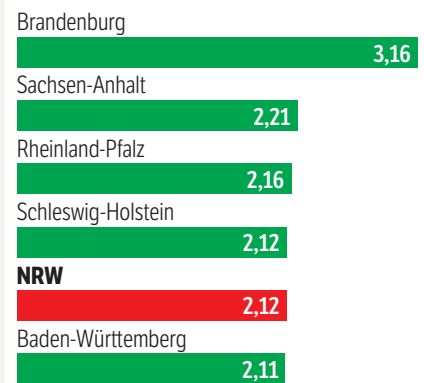
Bei den Regierungsinspektoren ist die Stellenzahl aus Sicht der GdP allerdings zu niedrig, um den vorhandenen Bedarf in der Abteilung ZA zu decken. Und im Tarifbereich fehlen Mittel, um über Zulagen Beschäftigte mit besonderen Qualifikationen für die Polizei zu gewinnen und dort zu halten. Im Beamtenbereich bewegt sich dagegen auch etwas bei der Stellenbewertung – wenn auch nur in kleinen, homöopathischen Dosen. So stehen im gehobenen Dienst im kommenden Jahr 33 Stellen mehr in A 12 sowie 16 Stellen mehr in A 13 zur Verfügung als in diesem Jahr. Finanziert allerdings zulasten der Beförderungsmöglichkeiten nach A 11. Auch die Zahl der Stellen im höheren Dienst wächst im kommenden Jahr: um 20, auf dann 882 Stellen. Allerdings ebenfalls zulasten von A 11. Dass die zusätzlichen Stellen ausreichen, um das Fehlen im höheren Dienst auszugleichen, darf allerdings bezweifelt werden. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bleibt NRW weiter zurück.

Wie eng der Polizeietat gestrikt ist, zeigt auch der Blick auf eine andere Zahl: Um ganze 2 Prozent sollen nach den Plänen der schwarz-grünen Landesregierung im kommenden Jahr die Personalausgaben der Polizei steigen. Und das vor dem Hintergrund, dass am 1. Dezember dieses Jahres im Tarif- und im Beamtenbereich eine Einkommenserhöhung von 2,8 Prozent greift. Und im September kommenden Jahres steht bereits die nächste Tarifrunde an, die ange-

## Nur minimal verbessert

Im kommenden Jahr steigt bei der Polizei in NRW die Zahl der Stellen im höheren Dienst um 20 auf dann 882 Stellen. Im Vergleich zu anderen Ländern bleibt NRW beim höheren Dienst trotzdem weiter abgehängt.

### Stellen im höheren Dienst der Polizei (in Prozent)



Quelle: NRW: Entwurf des Landeshaushalts 2023, alle anderen Länder: Innenministerium NRW, Bund-Länder-Vergleich 2022



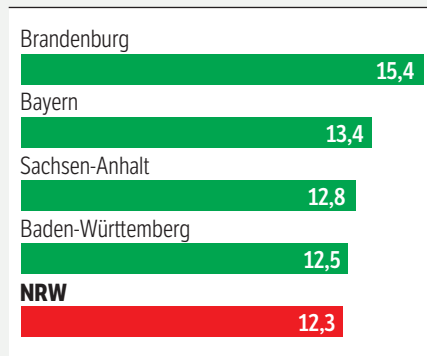
sichts der galoppierenden Inflation mit Sicherheit zu einem deutlich höheren Tarifabschluss führen wird.

Auch im Sachmittletat klaffen deutliche Lücken. Hier fällt vor allem auf, dass für das weitere Roll-out des Tasers keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Bleibt es dabei, würde es in NRW demnächst Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben, denn der Taser ist als Mittel zur Deeskalation unverzichtbar. Lediglich für die Anschaffung neuer Streifenwagen wurden im Ergänzungshaushalt noch zusätzlich 183 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt. Die Bestellungen werden in 2023 erfolgen, die Lieferungen voraussichtlich 2024 bis 2026. Vor dem Hintergrund, dass der derzeit als Streifenwagen genutzte Ford S-Max nicht mehr produziert wird, eine mehr als notwendige Entscheidung. ■

## Abstand zur Spitzengruppe bleibt

Auch im kommenden Jahr bleibt NRW bei den Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes abgehängt. Trotz der im Haushalt vorgesehenen 49 zusätzlichen Stellen in A 12 bzw. A 13.

### Stellen in A 12 und A 13 bei der Polizei in NRW im Vergleich zu anderen Ländern (in Prozent)



Quelle: NRW: Entwurf des Landeshaushalts 2023, alle anderen Länder: Innenministerium NRW, Bund-Länder-Vergleich 2022





## Wir gehen auf harte Zeiten zu

160 Millionen Euro – so viel kann die Polizei im kommenden Jahr mehr ausgeben. In normalen Zeiten hätten wir uns darüber gefreut, aber bei einer Inflationsrate von mehr als 10 Prozent ist das anders. Denn in Kaufkraft ausgedrückt hat die Polizei im kommenden Jahr nicht mehr, sondern weniger Geld zur Verfügung. Und das ist womöglich erst der Anfang.

Die Folgewirkungen des Ukraine-Kriegs auf unser Land, der Wiederaufbau der auch in NRW lange Zeit vernachlässigten Infrastruktur, die Bewältigung der Energiekrise – das alles wird noch sehr viel Geld kosten. Geld, das anderswo fehlen wird. Und das gilt erst recht für den von der Landesregierung angekündigten Umbau von NRW zu einem klimaneutralen Industriestandort. Wie viel Geld die Landesregierung am Ende noch für andere Aufgaben übrig hat, auch für die Stärkung der Inneren Sicherheit, lässt sich deshalb heute nur erahnen. Der erste von der neuen schwarz-grünen Landesregierung vorgelegte Haushalt zeigt jedenfalls, dass es eng werden wird. Nicht alles, was bei der Polizei notwendig und wünschenswert ist, wird sich deshalb in Zukunft finanzieren lassen.

Im Haushalt gibt es aber auch positive Signale. Die Fortsetzung des personellen Wiederaufbaus der Polizei zum Beispiel und die mehr als 1 Milliarde Euro, die in den nächsten Jahren in den Aus-

bau und die Sanierung der Liegenschaften fließen. Anderes fehlt dagegen: Für eine ordentliche Tarifierhöhung im kommenden Jahr ist im Haushalt von CDU und Grünen schlicht kein Geld vorgesehen. Und das gilt erst recht für die längst überfällige Anpassung der Zulagen an die Geldentwertung der vergangenen Jahrzehnte, für die Schaffung von mehr Beförderungsmöglichkeiten und den Ausstieg aus der 41-Stunden-Woche.

Nicht dass der Landesregierung die Innere Sicherheit egal ist – aber die Beschäftigten bei der Polizei hat sie nicht im Blick. Es liegt an uns, das zu ändern. Mit Aktionen, die die Politik nicht überhören kann. Das ist die Herausforderung der nächsten Jahre. Nicht nur für diejenigen, die jetzt schon in der GdP aktiv sind, sondern für alle Mitglieder!

**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender

## Langzeitarbeitskonten: Start mit eingeschränkten Möglichkeiten

Nach langen, intensiven Verhandlungen mit dem Innenministerium hat der Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) Anfang November den Weg für die Einführung der Langzeitarbeitskonten (LAK) bei der Polizei frei gemacht. Damit können in NRW alle Polizistinnen und Polizisten und alle Verwaltungsbeamten der Polizei endlich zumindest einen Teil der bestehenden Stunden- und Urlaubsguthaben auf einem eigenen Konto parken und damit vor dem Verfall schützen.

Auch wenn die Langzeitarbeitskonten jetzt endlich an den Start gehen, sind die dafür getroffenen Regelungen für die GdP nur ein Anfang. Denn noch immer sind die Bedingungen für die Nutzung der LAK viel

zu restriktiv. Der Grund: Die in NRW für den öffentlichen Dienst geltende Arbeitszeitverordnung (AZVO) passt in vielen Bereichen nicht zu den besonderen Arbeitsbedingungen bei der Polizei. Auch die in der vergangenen Legislaturperiode von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung eingeführte Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden ist alles andere als hilfreich. Zudem ist der Umfang der Stunden, die jetzt auf die Langzeitarbeitskonten gebucht werden können, viel zu gering. Diese grundlegenden Konstruktionsfehler sind aber der Mitbestimmung des PHPR entzogen. Für ihre Beseitigung ist die Politik verantwortlich!

Trotzdem: Mit der Zustimmung des PHPR ist jetzt zumindest der Einstieg in einen dauerhaften Schutz von Überstunden vor einem sonst drohenden Verfall gelungen. Zudem hat der PHPR durchgesetzt, dass die Nutzung der LAK auch ohne eine Erhöhung der individuellen Wochenarbeitszeit möglich ist.

Negativ ist allerdings, dass die Möglichkeiten, Stunden von Differenz-/GLAZ-/FLAZ-Konten auf das LAK-Konto zu übertragen, sehr eng gefasst sind. Die Möglichkeit dazu besteht zudem nur bei der Erstbebuchung. Anschließend können dort nur noch Stunden aus nicht genutztem Erholungsurlaub und aus angeordneter Mehrarbeit eingezahlt werden.



In vielen Arbeitsbereichen der Polizei bestehen aber hohe Kontenstände auch außerhalb der angeordneten Mehrarbeit. Deshalb fordert die GdP, dass die Besonderheiten der Polizei über eine Neufassung der AZVOPol

berücksichtigt werden, damit das ständige Problem der Verjährung von Mehrarbeit ein für alle Mal beendet wird. Zudem muss das Innenministerium auch weiterhin auf die Einrede der Verjährung von angeordneter

Mehrarbeit verzichten. Keine einzige Stunde darf verfallen! Das hat Innenminister Reul immer wieder versprochen. Jetzt muss er auch liefern! Und er muss eine Lösung für den Tarifbereich anbieten. ■

## 3 000 Neueinstellungen pro Jahr: Ohne mutige Schritte geht das nicht!

3 000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter will die schwarz-grüne Landesregierung pro Jahr einstellen. In diesem Jahr waren es am Ende nur 2 670 – trotz massiver Werbeanstrengungen auf allen Ebenen. 70 von ihnen konnten ihre Ausbildung sogar erst zeitversetzt beginnen, weil sie erst nach dem Start des neuen Bachelorstudienjahrgangs für die Polizei gewonnen wurden.

In den nächsten Jahren dürften die Zahlen sogar noch schlechter werden. Spätestens 2026, wenn G 8 – das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium – durch G 9 ersetzt wird, droht ein massiver Nachwuchsmangel. Denn dann sinkt die Zahl der Schulabgänger in NRW auf einen Schlag von über 67 000 auf nur noch 39 000. Und um die werden sich alle bemühen – nicht nur die Polizei.

Die Nachwuchsgewinnung ist deshalb polizeiintern längst zu einem zentralen strategischen Handlungsfeld geworden. Auch die GdP beteiligt sich an der Diskussion und hat im Sommer eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, die konkrete Handlungsvorschläge für die Gewinnung und die Ausbildung des Polizeinachwuchses entwickeln soll. Noch liegen die Vorschläge der Arbeitsgruppe nicht auf dem Tisch, aber schon jetzt steht fest: Ohne tiefgreifende, mutige Schritte ist das Ziel, jedes Jahr 3 000 junge Menschen für die Polizei zu gewinnen, nicht zu erreichen.

„NRW steht im Vergleich zu anderen Bundesländern noch gut da“, betont der Leiter der Arbeitsgruppe, der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Maatz. „Auch weil bei uns schon vieles auf den Weg gebracht worden ist. Von Podcasts über die Nutzung von TikTok bis zur Beschleunigung der Einstellungszusage – neue Wege, die ihre Wirkung bereits zeigen.“ Aber all das wird nicht reichen.

„Deshalb müssen wir ganz neu denken, wie wir den Polizeiberuf attraktiv machen können“, fordert GdP-Ausbildungsexperte Maatz.

Eine der Ideen, mit der sich die GdP-interne Arbeitsgruppe beschäftigt, ist die Anhebung des Höchstalters für eine Einstellung bei der Polizei. „Wenn wir ältere, berufserfahrene Menschen für die Polizei gewinnen wollen, könnte das Höchstalter auch bei 45 liegen statt bei 37“, meint Maatz. „Aber dafür brauchen wir einen neuen Mix aus Renten- und Pensionsansprüchen, damit den Späteinsteigern bei der Polizei im Alter keine finanziellen Nachteile drohen. Und wir brauchen einen Einkommenszuschlag für Berufswechsler. Für das Anwärtergehalt von 1 100 Euro kommt kein 40-Jähriger zu uns, der eine Familie ernähren muss.“

Auch beim Studium muss sich aus Sicht der GdP etwas tun. Eine der Fragen dabei: Warum bietet die Polizei nicht für alle, die einmal durch eine Klausur gefallen sind, sofort flächendeckende Crash-Kurse und Tutorien an, damit nicht diejenigen durchs Raster fallen, die eigentlich für den Polizeiberuf geeignet sind. Ein jahrgangsübergreifendes Mentoring könnte eine erste Idee dazu sein. Eine weitere zentrale Forderung ist die Stärkung der Tutoren. „Die Tutoren sind entscheidend dafür, wie die Nachwuchspolizisten die Polizei erleben und ob der Berufsstart

gelingt. Sie müssen deshalb im Polizeialltag mehr Zeit bekommen, um die Studierenden bestmöglich zu betreuen“, fordert Maatz. Auch der extrem lange Bewerbungsvorlauf bei der Polizei gehört auf den Prüfstand. Wer im September nächsten Jahres sein Studium als Polizeikommissar beginnen will, muss sich im letzten Herbst schon beworben haben. „Junge Leute machen das nicht, sie gehen damit für die Polizei verloren, obwohl sie gerne dort arbeiten würden“, erläutert Maatz. Deshalb denkt das Innenministerium jetzt über ein weiteres Bewerbungsfenster im Frühjahr nach.

Bis Mitte Januar will die Arbeitsgruppe der GdP ihre Überlegungen in einem Positionspapier zur Modernisierung der Nachwuchsgewinnung bei der Polizei zusammenfassen. Parallel dazu hat auch das Innenministerium eine Arbeitsgruppe zur Nachwuchsgewinnung bei der Polizei eingesetzt – die Taskforce 3000. Sie will auch der Frage nachgehen, ob die Bewerberzahl bei der Polizei dadurch erhöht werden kann, dass Interessenten eine Zusage erhalten, direkt im Anschluss an das Studium und die Erstverwendung von einem Jahr im Wach- und Wechseldienst in ihren Wunscharbeitsbereich gehen zu können. Wer zur Kripo oder in die Direktion Verkehr gehen will, kann das dann.

Die GdP wird die Arbeit der Taskforce 3000 aktiv unterstützen. ■



# G7-Treffen in Münster: Einsatzkonzept ging voll auf

Die Weltpolitik blickte auf Münster: Bei ihrem Treffen Anfang November in der Stadt des Westfälischen Friedens berieten die G7-Außenminister über Themen wie den Ukraine-Krieg oder die Unruhen im Iran. Gut 3800 Polizistinnen und Polizisten aus NRW und anderen Bundesländern sicherten die Konferenz. Sie schützten das Demonstrationsrecht und sorgten dafür, dass der Verkehr so wenig wie möglich beeinträchtigt wurde. Das Einsatzkonzept ging voll auf.

„Für die Stadt Münster war es eine große politische Ehre, dieses G7-Außenministertreffen auszurichten, und ein großer polizeilicher Auftrag“, sagt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Der Auftrag wurde trotz kurzer Vorbereitungszeit umfassend erfüllt. Konferenz und Demonstrationen verliefen ruhig und ohne Zwischenfälle, in der Stadt herrschte eine freundliche Atmosphäre, Münster präsentierte sich als guter Gastgeber.

Michael Mertens und der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke machten sich

vor Ort ein Bild, suchten das Gespräch mit den Einsatzkräften. Ausdrückliches Lob gab es für die Einsatzverpflegung, insbesondere für die Currywurst, die nicht ganz mit Erlassen zu gesunder Ernährung konform geht. Kritik gab es in Teilbereichen an der Logistik und der Unterkunft. Solche Kritik ist aber bei Einsätzen dieser Dimension keineswegs ungewöhnlich.

„Entscheidend ist, wie Verantwortliche mit Kritik umgehen“, betont Michael Mertens. Im konkreten Fall jetzt zeigte sich die federführende Polizei Münster erstens aufgeschlossen für Kritik und zweitens bemüht, Missstände umgehend abzustellen. Mehrfach schaltete sich Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf auch persönlich ein. Danke dafür!

Trotz des schlussendlich ruhigen Verlaufes und der im Vergleich zum G7-Gipfel im Juni in Elmau kurzen Wege: Für die beteiligten Kolleginnen und Kollegen war es angesichts der weltpolitisch unsicheren Lage ein fordernder Einsatz. Außerdem reihte er sich in einen eng getakteten Kalender ein, Stichwort: Fußball.



Zeitgleich zum G7-Treffen in Münster fand am 4. November in Köln das Conference-League-Rückspiel des 1. FC Köln gegen Nizza statt, das von einem großen Polizeiaufgebot begleitet wurde (auch dort machten sich Jochen Kopelke und Michael Mertens vor Ort ein Bild). Außerdem wartete am Wochenende nach dem G7-Treffen mit dem Bundesligafußball gleich der nächste Einsatz auf viele Beamtinnen und Beamte.

In Münster waren deshalb mehrere GdP-Teams im Einsatzraum unterwegs. Sie überreichten den Kräften die begehrten G7-Patches, Erfrischungen und kleine, praktische Überraschungen. Das kam gut an. „Wir sind für euch da“ – so läuft das bei der GdP. ■



# Eingruppierung der Tarifbeschäftigten muss weiter steigen

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Tarifbeschäftigten bei der Polizei in NRW mehr als verdoppelt – von 4 875 auf 9 854. Und sie soll weiter wachsen – um 98 Stellen allein in kommenden Jahr. Parallel zu den zusätzlichen Stellen hat sich auch die Gehaltsstruktur im Tarifbereich nachhaltig verbessert. War früher der Großteil der Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen zu finden, sind inzwischen fast 45 Prozent der Tarifbeschäftigten in den Entgeltgruppen 9b und höher eingruppiert. Eine positive Entwicklung, die aber weiter vorangetrieben werden muss.

Der Grund: Viele der neu eingestellten Tarifbeschäftigten nehmen höherwertige Aufgaben wahr und entlasten dabei die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, z. B. im Bereich Beschaffung und Logistik, im Im-

mobilienmanagement, in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Sachbearbeitung. Oft bringen sie externes Fachwissen mit, über das die Polizisten aufgrund ihrer spezifischen Ausbildung nicht oder nur eingeschränkt verfügen, z. B. im IT-Bereich. Deshalb hat die GdP in den letzten Jahren mithilfe ihrer Personalräte immer wieder darauf gedrungen, dass die Tarifbeschäftigten gut eingruppiert werden. Denn gute Arbeit muss gut bezahlt werden.

„Dass NRW bei der Vergütungsstruktur im Tarifbereich inzwischen bundesweit an dritter Stelle liegt – nur in Bremen und beim BKA ist die Eingruppierung noch besser – reicht uns aber nicht“, betont die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs. „Denn noch immer sind viele Tarifbeschäftigte bei der Polizei unterbezahlt.“ Bei anderen Behörden und vor allem in der privaten Wirtschaft bekommen sie für vergleich-

bare Tätigkeiten deutlich mehr Gehalt. Das geht nicht nur zulasten der Beschäftigten, sondern auch der Behörden, die hoch motivierte, gut ausgebildete Fachleute nicht halten können. Um eine Fachkräfteabwanderung zu verhindern, muss sich deshalb die Entgeltstruktur bei der Polizei weiter verbessern. Und die Behörden brauchen einen Etat, um Abwanderungswillige halten zu können.

Verbessern muss sich aber auch die Gehaltsstruktur bei den Altbeschäftigten. „Auch wer schon lange bei der Polizei arbeitet, braucht eine Aufstiegschance“, betont Jakobs. „Deshalb muss für sie ein zukunftsweisendes Fort- und Weiterbildungsangebot entwickelt werden. Und Stellenausschreibungen müssen grundsätzlich auch für interne Bewerber geöffnet werden.“ ■

Anzeige

## WIR BILDEN AUS

Medienkaufmann/-frau Digital und Print (m/w/d)

**Entscheide dich für eine Ausbildung im Medienbereich und werde Teil des VDP-Teams.**

Wir bieten dir eine vielseitige Berufsausbildung mit IHK-Abschluss. In diesen zweieinhalb Jahren werden unterschiedliche und spannende Abteilungen durchlaufen. Zum Beispiel lernst du das Arbeiten mit Manuskripten, das Gestalten von Büchern, den Umgang mit Finanzen und das Publizieren von Malbüchern. Neben betriebsinternem und Berufsschulunterricht unterstützen wir dich beim Lernen mit langjähriger Erfahrung und Expertise.

**Bewirb dich für das  
Ausbildungsjahr 2023**

weitere Informationen findest du hier:



**Dein Ausbildungsteam**



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

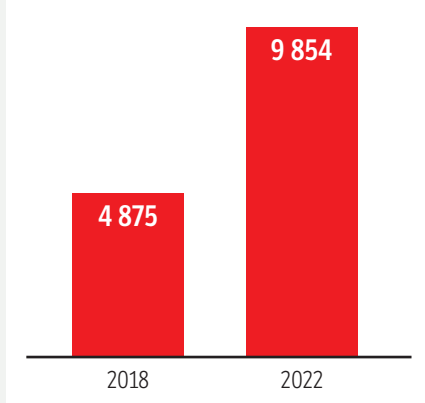
Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
ausbildung@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen zur Ausbildung unter: [vdp-polizei.de/ausbildung](https://www.vdp-polizei.de/ausbildung)**

## Mehr als verdoppelt

9 854 Tarifbeschäftigte arbeiten aktuell bei der Polizei in NRW. 2018, kurz nach Amtsantritt der damaligen schwarz-gelben Landesregierung, waren es noch 4 875. Der größte Teil der seitdem eingestellten Tarifbeschäftigten übernimmt Aufgaben, die früher von Polizisten wahrgenommen worden sind.

### Tarifbeschäftigte bei der Polizei in NRW



Quelle: 2018: BKV, 2022: Landeshaushalt NRW

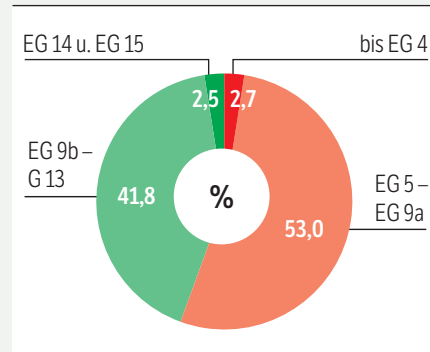


Gewerkschaft der Polizei NRW

## 45 % in gehobenen und in höheren Entgeltgruppen

Im Vergleich zu anderen Branchen werden die Tarifbeschäftigten bei der Polizei schlechter bezahlt, trotzdem gibt es hier einen Trend zum Positiven: Aktuell sind in NRW fast 42 Prozent der Tarifbeschäftigten der Polizei in den Entgeltgruppen 9 b bis 13 eingruppiert, 2,5 Prozent sogar besser. Früher war der Großteil der Tarifbeschäftigten dagegen in den unteren Besoldungsgruppen zu finden.

### Eingruppierung der Tarifbeschäftigten bei der Polizei in NRW (in Prozent)



Quelle: Innenministerium NRW, Bund-Länder-Umfrage 2022



Gewerkschaft der Polizei NRW

# Stressbewältigung, Kripo, Vorbereitung auf den Ruhestand: das neue Bildungsprogramm der GdP

Wenn du politisch interessiert bist, wissen willst, was es bei der Polizei Neues gibt oder wie eine erfolgreiche Interessenvertretung funktioniert - dann ist das neue Bildungsprogramm genau das Richtige für dich! Von Fachseminaren für die einzelnen Themen und Arbeitsbereiche bei der Polizei über die aktuelle Gewerkschaftspolitik bis hin zur persönlichen Weiterbildung bietet die GdP ihren Mitgliedern auch 2023 wieder ein umfangreiches Seminarpaket.

In „Brennpunkt Kriminalität“ werden aktuelle Themen aus dem K-Bereich vorgestellt. Eine gute Gelegenheit, sich unter Kolleginnen und Kollegen fachlich und persönlich auszutauschen. Die Strategien von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu erkennen und

damit umzugehen, ist Schwerpunkt des Kooperationsseminars „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster. Wie funktionieren Tarifverhandlungen und was gibt es Neues im Wach- und Wechseldienst oder in der Direktion Verkehr? – Alles Themen, die unsere Kollegen bewegen. Erstmals findet 2023 zudem ein Seminar zur Stressbewältigung bei der Polizei statt. Wer Interesse hat, in die Gewerkschaftsarbeit einzusteigen, aber nicht richtig weiß wie, ist bei dem Seminar „Fit für die Gewerkschaftsarbeit“ genau richtig. Ein zweitägiges Einsteigerseminar, um die Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit kennenzulernen und eine Menge Spaß zu haben.

Natürlich finden sich auch interessante Angebote aus den Bereichen Disziplinarrecht, Personalvertretung und Vorbereitung auf den Ruhestand im Bildungsprogramm wieder. Und nicht zuletzt lohnen sich die Bildungsangebote unserer Personengruppen.

Zusätzlich bietet der Landesbezirk auch 2023 interessante Online-Seminare an. Einfach unter [gdp-bildung.de](http://gdp-bildung.de) informieren!

Alle Seminare sind für GdP-Mitglieder kostenlos. Eine Anmeldung ist unter [bildung@gdp-nrw.de](mailto:bildung@gdp-nrw.de) möglich. ■



### DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen  
ISSN 0170-6462

#### Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
[info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

Adressänderung:  
[mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de](mailto:mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de)

#### Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Holger Dumke  
Uschi Barrenberg  
Telefon (0211) 29101-32  
[stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 8. Dezember.**

**Wir wünschen Ihnen  
eine friedvolle Vorweihnachtszeit,  
frohe Weihnachten  
und ein glückliches und  
gesundes neues Jahr 2023!**

**Wir freuen uns darauf, Sie auch im kommenden  
Jahr bei Ihren Urlaubsplanungen unterstützen zu dürfen.  
Ihr GdP-Reiseservice Team**



**GdP Reiseservice  
0211/29101 - 60  
www.gdp.reisen**

**penguin@gdp-reiseservice.de  
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf**



## Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Dezember erhalten einen Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 12600, LZPD NRW  
45 13866, Krefeld  
45 58638, Gütersloh

## Martina Filla hat immer mit offenem Visier gekämpft

Zwölf Jahre lang, von 2004 bis Oktober 2016, stand Martina Filla an der Spitze der Landesfrauengruppe der GdP. 16 Jahre war sie Mitglied des Bundesfrauenvorstands, viele Jahre davon als stellvertretende Vorsitzende.

Immer wieder hat Martina Filla in dieser Zeit dafür gesorgt, dass die Interessen der Frauen in der lange von Männern geprägten

GdP endlich Gehör finden. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatte, dem machte Martina in ihrer stets eigenen, aber durchsetzungsstarken Art schnell klar, dass die Arbeitssituation, die Bezahlung und die Aufstiegschancen von Frauen bei der Polizei keine Randthemen sind. Das galt auch für ihren Umgang mit Spitzenfunktionären der GdP.

Aber nicht nur in der GdP hat sich Martina Filla, die 1980 als Tarifbeschäftigte zur Polizei gekommen war, für die Frauen eingesetzt, sondern auch in ihrer Arbeit in der Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises. Auch als örtliche Gleichstellungsbeauftragte



hat sie ohne Rücksicht auf Hierarchien immer das gesagt, was sie gedacht hat. Sie hat dabei viel für andere erreicht.

Martina Filla ist am 4. November kurz nach ihrem 61. Geburtstag einem langjährigen Krebsleiden erlegen. ■

Anzeige



**EXPORT-IMPORT-AGENTUR**

**JUTTA KNORZ EK**

Export-, Import-, Zollabwicklung  
mit ATLAS-Anbindung  
kompl. Auftrags- und  
Projektbearbeitung  
Akkreditive • Logistik • Intrastat  
Compliance-/Exportkontrolle

Werner Straße 1  
44388 Dortmund  
Tel. 02 31 / 9 67 85 81  
Fax: 02 31 / 9 67 85 82  
Mobil: 0177 / 4198190  
jutta\_knorz@web.de  
www.export-knorz.de



## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

8. Dezember 2022, vorweihnachtliche Zusammenkunft der Seniorengruppe Aachen, 15:00 Uhr, Gaststätte Kommer, Forster Linde 55, Aachen. Anmeldung bis 2. Dezember 2022 unter [guk.loergen@gmx.de](mailto:guk.loergen@gmx.de) oder (0151) 26697522 oder [www.gdp-senioren-ac.de](http://www.gdp-senioren-ac.de)

### Kreisgruppe Heinsberg

8. Dezember 2022, vorweihnachtliche Feier der Seniorengruppe Heinsberg mit Angehörigen, 15:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, Hückelhoven-Hilfarth. Anmeldung unter Tel.: (02431) 5880 oder Tel.: (02452) 9201200

## Nachruf

Gisela Krings	09.01.1930	Aachen	Hermann Weiß	16.07.1936	Herford
Lambert Tetsch	17.07.1942	Aachen	Alfred Gerigk	07.08.1928	InnenministeriumNW
Karl-Wilhelm Emde	14.04.1939	Bergisches Land	Raimund Schulte-Rosier	25.06.1958	Köln
Gisela Homann	25.10.1928	Bergisches Land	Erwin Künstler	30.05.1932	LZPD NRW
Alfred Schiewer	16.03.1924	Bergisches Land	Heinz Jacobs	24.12.1953	Mönchengladbach
Karl-Heinz Folkens	31.05.1928	Bochum	Ingrid Neumann	18.11.1935	Münster
Klaus Milkereit	03.03.1929	Bonn	Ulrich Simons	30.03.1958	Neuss
Manfred Roeder	27.05.1941	Bonn	Manfred Schoelzel	30.05.1934	Neuss
Roland Heinrich	27.05.1963	Coesfeld	Joachim Bartsch	19.03.1945	Recklinghausen
Elsbeth Fischer	23.05.1936	Dortmund	Oswald Köhn	07.03.1938	Recklinghausen
Volker Gottschling	11.02.1949	Dortmund	Hans-Jürgen Thienemann	15.04.1958	Recklinghausen
Willi Wenner	13.02.1942	Dortmund	Edith Vogelpoth	02.04.1944	Recklinghausen
Hermann Mockel	17.01.1935	Düren	Martina Filla	24.09.1961	Rhein-Erft-Kreis
Gerhard Friedrichs	24.03.1944	Düsseldorf	Hildegard Luschka	19.06.1925	Siegen-Wittgenstein
Grete Zerr	12.11.1926	Düsseldorf	Egon Schütz	07.06.1945	Soest
Egon Mengede	15.09.1928	Gelsenkirchen	Klaus Böckmann	11.09.1946	Steinfurt
Horst Schmidt	27.09.1929	Gütersloh	Paul Schulz	18.11.1932	Viersen
Wolfgang Behnisch	25.02.1937	Hagen	Günter Meyer	07.08.1931	Warendorf
Klaus Wiese	23.08.1940	Hamm			